



Editorial

Schwerpunkt Europawahl

Die EU ist – trotz aller berechtigten Kritik – ein Demokratieprojekt. Die grüne Vision ist eine EU der Bürger*innen und in den letzten Jahrzehnten hat sich die EU immer mehr in diese Richtung entwickelt. Mittlerweile ist das EU-Parlament mit seinen 751 Abgeordneten das zweitgrößte direkt gewählte Parlament der Welt. Einzigartig dabei ist, dass sich dabei mittlerweile 28, nach dem Brexit immer noch 27, souveräne Staaten zusammengetan haben und Kompetenzen an die Europäische Union als Staatenverbund übertragen haben. Sie haben erkannt, dass gemeinsam mehr erreicht werden kann, als alleine. Die EU ist ein Projekt, dass sich im Laufe der Jahre stetig weiterentwickelt und wesentlich zu Frieden, Menschenrechten, Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt innerhalb der EU beigetragen hat. Und diese Geschichte wird weitergeschrieben: Also wählen gehen!

Auf den folgenden Seiten findet Ihr Informationen über die Europäische Union, ihre Institutionen, Kompetenzen und alles Wichtige rund um die Europawahl.



Festung Europa und die Folgen: Seenotretter von Sea-Eye versorgen ein überfülltes Schlauchboot mit Schwimmwesten im Mai 2018

Foto: Erik Marquardt

Inhalt

	Seite
EU-Parlament	2
Vier Fragen rund um die Wahl	2
Europas Versprechen	3
Europabezirk Xhain	3
Klimaschutz konkret	3
Interview mit Linus Giese	4
Equal Pay Day	4
Frauen und Obdachlosigkeit	5
100 Jahre Frauenwahlrecht	5
8. März	5
Bergmannstraße	6
Wie weiter mit dem MyFest	6
Postscheckamt	6
Rund ums Bezirksparlament	6
Wohnungspolitik	7
Gustav Landauer	7
Kolumne	7
Impressum	7
Stimmen aus dem Bezirk	8
English Theatre Berlin	8
Ortsverband London	8
Service	8

Aus Berlin nach Europa: Anna Cavazzini (37) und Erik Marquardt (31) kandidieren auf den Plätzen 7 und 8 der grünen Liste zur Europawahl. Der Stachel hat sie zu ihren Zielen und Vorstellungen befragt.

Stachel: Was hat euch bewogen, für das Europaparlament zu kandidieren und was sind eure politischen Schwerpunktthemen?

Anna: Ich trete vor allem mit den Themen internationale Gerechtigkeit, gerechte Handelspolitik und faire Globalisierung an. Ich habe mich bisher beruflich viel mit diesen Themen beschäftigt. Das Europaparlament ist meiner Meinung nach der Ort an dem man die Hebel in der Hand hat, um hier etwas zu bewirken. Deshalb habe ich mich entschlossen zu kandidieren.

Erik: Leider gibt es ein verzerrtes Bild vom Europäischen Parlament in der Öffentlichkeit. Dort werden massenhaft wichtige Entscheidungen getroffen und man kann viel bewegen. Daran mitzuwirken und mehr Aufmerksamkeit auf die europäische Ebene zu lenken, würde mir sehr viel Spaß machen. Besonders in meinem Schwerpunktthema Migration und Flucht muss endlich eine solidarische europäische Lösung gefunden werden. Ich war viel auf den Fluchtrouten nach Europa und in Afghanistan unterwegs und habe mich im letzten Jahr bei der Seenotrettung im Mittelmeer engagiert. Dort sterben tagtäglich Menschen, weil Differenzen in der Asylpolitik auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden. Ein unerträglicher Zustand.

Das klingt spannend aber auch gefährlich. Hattest du Probleme dorthin zu reisen, wo du hinreisen wolltest?

Erik: Natürlich muss man sich gut vorbereiten, wenn man in Krisengebiete fährt. Aber als Fotojournalist ist es meine Aufgabe, die Komfortzone zu verlassen. Das will ich auch als Politiker fortsetzen. Auf den Rettungsschiffen war ich mehrmals Schnellbootfahrer bei Seenotrettungseinsätzen und habe von der Arbeit berichtet. Inzwischen ist es üblich, dass man mit Hass überschüttet wird und sogar Morddrohungen bekommt, wenn man sich für Geflüchtete einsetzt. Dieser rechte Mob, der vor allem im Internet aktiv ist, ist leider erfolgreich. Inzwischen scheint es vielen Verantwortlichen lieber zu sein, wenn Menschen ertrinken als dass sie lebend Europa erreichen. Wenn wir das zulassen, ertrinken im Mittelmeer nicht nur die Menschen, sondern auch die europäischen Werte. Deswegen will ich mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass den Rechten nicht das Feld überlassen wird.

Anna, deine Themen haben ja auch einen starken globalen Bezug. Was stellst du dir konkret vor, was Europa in der Wirtschaftspolitik anders machen müsste, damit diese nicht zulasten der Menschen geht, die nicht in Europa leben?

Anna: Vor allem müsste Europa seine Agrarpolitik so ausrichten, dass nicht ständig Überschüsse produziert und anschließend überall hin exportiert werden. Beispiele sind etwa tonnenweise Milchpulver, das nach Mexiko geliefert wird, oder Zwiebeln, die nach Afrika exportiert werden. Das hat zur Folge, dass die Existenz unzähliger

Bauernfamilien vor Ort zerstört wird. Ein anderes wichtiges Thema ist, die Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen für ihre Produktionsketten. Zum Beispiel in der Textilindustrie gibt es dabei aktuell zu viele Gefahren für Menschen und extreme Umweltverschmutzung.

Gehen wir mal weg von der europäische und hin zur Berliner Ebene: Hier beschäftigt die Menschen momentan besonders das Thema Wohnen und Mieten. Welche Erfahrungen habt ihr dazu gemacht?

Anna: Ich bin selbst gerade davon betroffen. Ich suche eine neue Wohnung und erlebe daher, wie verrückt es in Berlin momentan zugeht, was die Mietpreise betrifft. Das Thema hat aber auch eine europäische Komponente. Man kann an verschiedenen europäischen Städten sehen, dass es dort ähnliche Probleme gibt bzw. wie diese Probleme teilweise gut, teilweise schlecht angegangen werden. Deshalb kommt das Thema bezahlbarer Wohnraum auch im Wahlprogramm der europäischen Grünen vor.

Erik: Ich habe auch schon erlebt, dass ich mir eine neue Wohnung suchen musste, weil die alte zu teuer wurde. Ich finde es gut, dass zumindest in Friedrichshain-Kreuzberg jetzt politisch etwas dagegen getan wird. Letztendlich muss man sich meiner Meinung nach aber die Frage stellen, ob man das Recht auf Wohnen nicht höher bewerten sollte als etwa geschäftliche Interessen einzelner Unternehmen.

Was glaubt ihr, was ist momentan besonders gut an der EU und in welchem Punkt gibt es den größten Reformbedarf?

Erik: Meiner Meinung nach läuft schief in der EU, dass in vielen Punkten wirtschaftliche Interessen über intensiven Lobbyismus zu viel Einfluss auf Entscheidungsprozesse haben. Aber immer wenn wir einzelne Entscheidungen oder Strukturen kritisieren, dürfen wir nicht vergessen, dass das Projekt Europa nicht grundlegend in Frage gestellt werden sollte. Die Europäische Idee hat es verdient, dass wir sie gestalten. Wir vergessen manchmal, dass wir keine Alternative zur europäischen Zusammenarbeit haben. Kleinstaaterei wird im 21. Jahrhundert keine großen Probleme lösen.

Anna: Was auf der europäischen Ebene meiner Meinung nach zu kurz kommt, ist das Soziale. Hier sperren sich die Mitgliedsstaaten dagegen, Kompetenzen nach Brüssel zu übertragen. Deswegen fordern wir Grünen auch europaweite Mindeststandards z.B. für Löhne oder Grundsicherungen. Was ich sehr gut finde, ist allerdings die Freizügigkeit. Dass es heutzutage normal ist, innerhalb von Europa umzuziehen oder mal in diesem, mal in jenem Land zu arbeiten.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg bei der Europawahl.

Das Gespräch führte Dominik Pross

Die Europäische Union und ihr Parlament

Da die EU auf dem Zusammenschluss souveräner Staaten beruht, darf sie nur im Rahmen der Kompetenzen, die ihr von den Mitgliedstaaten zuletzt durch den Vertrag von Lissabon übertragen worden sind, Entscheidungen treffen.

Maßgeblich dabei ist das sogenannte Subsidiaritätsprinzip, d.h. alle Entscheidungen sollen möglichst bürgernah, also auf der „niedrigsten“ Ebene getroffen werden. Es ist vertraglich festgehalten, dass die EU nur aktiv werden darf, wenn das Ziel auf einer anderen Ebene nicht ausreichend erfüllt werden kann und dies auf europäischer Ebene besser gelingen kann. Das mag zwar im Konkreten sehr unbestimmt sein, doch dieser Grundsatz zeigt, dass es eben nicht darum geht, über Köpfe hinweg zu entscheiden, wie es der EU oftmals vorgeworfen wird,

Außerdem wurden in den Verträgen bestimmte Kompetenzen der Union festgelegt, in welchen Bereichen nur die EU tätig werden darf (z.B. Zölle) oder wo dies in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten (z.B. Binnenmarkt, Sozialpolitik) erfolgen muss.

Was darf das EU-Parlament?

Die EU entfaltet gesetzgeberische Wirkung über Verordnungen und Richtlinien. EU-Verordnungen wirken direkt und unmittelbar, das heißt, wenn Rat und Parlament eine Verordnung erlassen, gilt diese bei uns wie ein Gesetz mit all den damit verbundenen Rechten und Pflichten. Ein weiteres und viel genutztes Instrument ist die Richtlinie, welche zunächst nur indirekt Wirkung entfaltet. Wenn die EU beispielsweise eine Umweltschutzrichtlinie erlässt, dann muss Deutschland deren Inhalte und Bestimmungen in deutsches Recht, also ein Gesetz, innerhalb einer vorgegebenen Frist umsetzen. Richtlinien sind ein beliebtes Instrument zur Harmonisierung der Gesetzgebung in den doch teils sehr unterschiedlichen Ländern. Ziel ist dabei Schritt für Schritt eine Anpassung der Lebensverhältnisse und Rahmenbedingungen in der gesamten EU.



Erik Marquardt (li) und Anna Cavazzini, unsere Kandidat*innen aus Berlin für das EU-Parlament

Foto: Dominik Pross

Das Parlament ist zusammen mit dem Rat die Gesetzgeberin in der EU. Das heißt mittlerweile, dass im Regelfall keine Entscheidung ohne das Parlament getroffen werden kann. Außerdem beschließt das Parlament über den Haushalt, also über Mittel von ca. 150 Mrd. Euro im Jahr, die der EU für ihre Politiken zur Verfügung stehen. Ein Großteil dieser Gelder fließt in Form von Fördermitteln zurück in die Mitgliedstaaten.

Wer erwartet, dass im Parlament Regierungsfaktionen gegen Oppositionsfaktionen, wie wir es von Bundes- und Landesebene kennen, findet gerade auf europä-

ischer Ebene eine andere Situation vor. Es ist nämlich ein Ort, an dem Mitglieder nicht nur aus 28 Staaten, sondern auch aus unterschiedlichen Parteien zusammenkommen. So ist die europäische Parteienlandschaft etwas bunter, wenn auch nicht durch hunderte kleiner Fraktionen im EP, sondern derzeit mit acht Fraktionszusammenschlüssen sowie 22 fraktionslosen Abgeordneten*. Bei der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz beispielsweise treffen 52 Vertreter*innen aus 18 Ländern und 26 Parteien zusammen, darunter auch die 11 Abgeordneten* von Bündnis 90/Die Grünen. Allein durch diese Strukturen hat sich das EP zu einem Arbeitsparlament entwickelt, indem Abgeordnete* oft über Fraktionsgrenzen hinweg zusammenar-

beiten und es auch keinen strikten Fraktionszwang gibt.

Auch wenn die Wirkung der Arbeit aus dem Parlament oft diffus bleibt, so haben die Entscheidungen des EPs oft große Bedeutung und weitreichende Wirkung. Als Beispiele seien hier die Stärkung des Datenschutzes jedes und jeder einzelnen EU-Bürger*in durch die DSGVO, Umweltstandards, welche Gesundheits- und Umweltschutz höherstellen als die Interessen der Autoindustrie oder auch EU-weit niedrige Roaming-Gebühren. Und auch in Zukunft werden hier wichtige Entscheidungen getroffen werden. Durch Eure Stimme bei der Europawahl entscheidet ihr mit!

Das Parlament hat 751 Sitze und wählt aus seiner Mitte eine*

Parlamentspräsident*in, die* das Parlament auch gegenüber den anderen EU-Organen wie z.B. den Staats- und Regierungschefs vertritt. Die* Präsident*in wird jeweils zur Hälfte der Legislaturperiode neu gewählt. Bei der Verteilung der Parlamentssitze auf die Mitgliedstaaten gilt das Prinzip der degressiven Proportionalität.

Wie ist das EU-Parlament zusammengesetzt?

Das bedeutet, dass Abgeordnete* aus größeren Mitgliedstaaten mehr Bürger*innen vertreten, als deren Pendant in kleinen Mitgliedstaaten. So kommt auf 80.000 Menschen in Malta ein*e Abgeordnete*r, während ein MdEP in Deutschland über 800.000 Menschen vertritt. Auch wenn dies zunächst nicht ganz gerecht klingt, soll dieser Mechanismus dafür Sorge tragen, die politische Vielfalt der „kleineren“ Länder repräsentieren zu können sowie die Mitspracherechte der „kleinen“ Mitgliedstaaten in der EU besser auszugestalten. Schließlich hat die EU auch den Anspruch, dass die Abgeordneten aus Luxemburg, Malta, Estland, Irland und Co. auch mitreden können und nicht alles von den zwei bis drei größten Mitgliedstaaten diktiert wird.

Durch den anstehenden Brexit werden die 73 Sitze des Vereinigten Königreichs freibleiben. Der Vorschlag auch von grüner Seite Sitze in transnationalen europaweiten Listen zu besetzen, konnte sich leider nicht durchsetzen. Stattdessen wird das nächste EP „nur“ noch 705 Sitze haben und die verbleibenden 27 Sitze werden auf 14 Mitgliedstaaten, die bisher im Vergleich leicht unterrepräsentiert waren (z.B. Spanien, Niederlande oder Irland) verteilt. Deutschland behält als bevölkerungsreichstes Mitglied die Höchstzahl von 96 Sitzen.

■ Vasil Franco, Geschäftsführender Ausschuss

EU – was ist das?

Letztendlich gibt es nicht „die eine EU“. Es ist auch nicht nur eine ominöse Bubble in Brüssel, sondern ein Zusammenwirken von unzähligen Akteur*innen, Institutionen und Menschen in ganz Europa. Besonders hervorzuheben sind die prägenden Akteur*innen im Gesetzgebungsverfahren: Das sind die Kommission, der Rat der Europäischen Union und das Europaparlament mit Hauptsitz in Straßburg.

- Die Kommission ist praktisch die „Regierung“ der EU. Sie setzt sich zusammen aus 28 Kommissar*innen (Minister*innen) jeweils eine*r pro Mitgliedstaat für jeweils unterschiedliche Themenbereichen, die die* Kommissionspräsident*in zuteilt. Als Exekutive setzen sie zusammen mit der Verwaltung die politischen Entscheidungen von Rat und Parlament um. Die Kommission besitzt das alleinige Initiativrecht, sprich: Nur von ihr können Gesetzesinitiativen vorgeschlagen werden.
- Der Rat der Europäischen Union ist einer der beiden Gesetzgeber und die „Vertretung“ der Mitgliedstaaten. Der Begriff Rat mag etwas verwirrend klingen, da er tatsächlich in zehn verschiedenen Formationen zusammentrifft. So entscheiden zum Beispiel die Finanzminister*innen als Vertreter*innen der jeweiligen Regierungen der Mitgliedstaaten über sämtliche EU-Gesetzgebung im Finanzbereich. Hingegen treten die Landwirtschaftsminister*innen in der EU zusammen, um Entscheidungen über die agrarpolitische Gesetzgebung zu treffen. Nicht zu verwechseln ist der Rat der EU übrigens mit dem Europäischen Rat. Dort treffen sich die Staats- und Regierungschefs der einzelnen Länder, die jedoch formal keine Gesetzgebungskompetenzen haben. Allerdings werden auf diesen Treffen, die auch oftmals als „Gipfeltreffen“ besonders im Fokus der Öffentlichkeit stehen, die politischen Leitlinien vorgegeben und dort wird versucht, die großen Kontroversen und Herausforderungen gemeinsam zu lösen.
- Als zweiter Gesetzgeber ist das Parlament die demokratische Herzkammer der Union. Dieses wird alle fünf Jahre in allen Mitgliedstaaten direkt gewählt und setzt sich auf den Vertreter*innen aus den Mitgliedstaaten zusammen.

■ Vasil Franco

Vier Fragen rund um die Wahl

Wer darf alles wählen und wie erfahre ich, wann und wo?

Alle EU-Bürger*innen ab 18 Jahren, die mindestens seit 3 Monaten in Deutschland oder einem anderen EU-Land ihren Wohnsitz haben, sind wahlberechtigt. Voraussetzung für die Teilnahme an der Wahl ist jedoch, dass sie zudem ins Wähler*innenverzeichnis eingetragen sind.

In der Wahlbenachrichtigung steht, die in der Regel 4-6 Wochen vor der Wahl verschickt wird, in welchem Zeitraum und an welchem Ort die Wahl durchgeführt wird. Wer verhindert ist, kann zudem die Durchführung einer Briefwahl beantragen.

Wen wähle ich? Was kann die Person bewirken?

Den Mitgliedstaaten wird es freigestellt – unter Einhaltung der demokratischen Grundprinzipien – ein Wahlverfahren für die Vergabe der jeweils zustehenden Parlamentssitze vorzugeben. In Deutschland erfolgt die Besetzung durch bundesweite Listen. Bei der Europawahl hat also jede*r EU-Bürger*in eine Stimme für

eine Partei. Die Ergebnisse werden hier prozentual auf die Anzahl der Sitze verrechnet. Eine Besonderheit bei den Wahlen zum europäischen Parlament ist dabei, dass es keine Fünf-Prozent-Hürde gibt. Diese hatte das Bundesverfassungsgericht genauso wie eine Drei-Prozent-Klausel für verfassungswidrig erklärt. Somit sind seit den letzten Wahlen 2014 deutsche Abgeordnete aus 14 Parteien im EP vertreten sind. Da auf die Grünen 2014 bundesweit 10,7 % entfallen sind, bedeutete das 11 der 96 Sitze.

Was mache ich als EU-Bürger*in im Ausland (als EU-Ausländer*in in Xhain)?

Unionsbürger*innen aus anderen Mitgliedstaaten, die in Deutschland wohnen, können entweder in ihrem Herkunftsmitgliedstaat oder in Deutschland an der Europawahl teilnehmen. Gleiches gilt für im EU-Ausland lebende Deutsche, die entweder an ihrem Wohnort oder in Deutschland wählen dürfen. Das Wahlrecht darf nur persönlich und nur einmal ausgeübt werden.

Wenn du in Xhain wählen willst, musst du ins Wähler*innenverzeichnis eingetragen sein. Für eine Eintragung musst du beim Bezirkswahlamt einen Antrag stellen. Infos und Antragsformular sind zu finden unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019.html>.

Welche Fristen gilt es zu beachten?

Ein Antrag zur Eintragung ins Wähler*innenregister muss bis zum 05.05.2019 gestellt werden. Willst du in deinem Herkunftsland wählen und bist bereits im Wähler*innenverzeichnis in Deutschland eingetragen, musst du bis zum gleichen Tag beantragen, dass du nicht im Verzeichnis geführt werden willst.

Die wichtigste Frist läuft bis zum 26.05.2018 18 Uhr. Bis zu diesem Zeitpunkt kannst du deine Stimme im Wahllokal abgeben bzw. muss dein Briefwahlzettel eingegangen sein.

■ Sarah Jermutus

■ Vasil Franco

Europas Versprechen erneuern

Bereits viele Monate vor dem Weg zur Urne oder Wahlkampfständen im Kiez dreht es sich bei allen Parteien um Inhalte, Personen und die politische Ausrichtung. Werfen wir einen Blick zurück auf den grünen Parteitag in Leipzig, die Schwerpunkte des Europawahlprogramms und wie wir als Xhainer Grüne mitwirken konnten.

Bündnis 90/Die Grünen ist pro-europäisch ausgerichtet. Vom 9. bis 11. November 2018 trafen sich die Delegierten aus dem ganzen Land in Leipzig, um die Kandidat*innen für die bundesweite Liste aufzustellen und um die Grünen mit dem Europawahlprogramm inhaltlich für die Wahlen aufzustellen. Nicht nur viele neue Gesichter waren im Raum, sondern auch die spannende Frage: Was ist die grüne Antwort auf den Rechtsruck, den zunehmenden Nationalismus und die Abschottungstendenzen in der EU?

Das Ergebnis der letzten Wahlen 2014 wollen wir natürlich übertreffen. 10,7 Prozent bei der letzten Europawahl deutschlandweit bedeuteten 11 (von 52) Sitzen für die Fraktion Grüne/EFA im Europaparlament, in der sich Grüne aus 18 verschiedenen

Ländern zusammengeschlossen haben. Es war ein hart umkämpftes Kandidat*innenfeld auf dem Parteitag. Wir freuen uns besonders, dass Anna Cavazzini und Erik Marquardt mit aussichtsreichen Plätzen hoffentlich im nächsten EP für eine gerechte Handelspolitik und eine solidarische Geflüchtetenpolitik streiten können (siehe Titelseite).

Gemeinsam für ein neues Europa

Aber natürlich wurden nicht nur Personen gewählt. Ein halbes Wochenende ging es nämlich um Inhalte – sprich das Wahlprogramm: 197 Seiten sind es geworden, für ein Europa das die Klimakrise bekämpft,

für ein Europa, das nicht nur eine Wirtschafts- und Währungs-, sondern auch eine Sozialunion sein soll, für ein Europa, geleitet von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, für ein Europa, das für Frieden steht und sich seiner globalen Verantwortung annimmt, ein Europa, von dem alle Bürger*innen profitieren. Und für eine EU, die Kommunen und Regionen schützt und stärkt. „Europas Versprechen erneuern“ lautet die Überschrift. Und nichts anderes haben wir vor: Mit neuen europäischen Antworten wollen wir die Herausforderungen gemeinsam angehen. Entschlossen für ein geeintes, ökologisches, feministisches und gerechtes Europa.

Bekanntermaßen wird gerade auf grünen Parteitagen viel diskutiert, debattiert, verhandelt und gestritten.

Mit fast 1.000 Änderungsanträgen war es auch dieses Mal nicht anders. Als Kreisverband haben wir im Herbst letzten Jahres eine AG Europa gegründet und als einen der ersten Schritte den Entwurf zum Wahlprogramm unter die Lupe genommen: Was ist gelungen? Wo fehlt noch was? Wo gibt es Konflikte?

Von der Basis ins Wahlprogramm

Das resultierte in 40 Änderungsanträgen über alle Kapitel, so viele wie von keinem anderen Kreisverband. Na gut, als Friedrichshain-Kreuzberger*innen sind wir bekannt dafür, auch mal das ein oder andere kritischer zu betrachten und

unsere inhaltliche Positionierung gerne progressiver als im Rest der Republik auszurichten. So konnten wir als Grüne Xhain positive Akzente setzen: Einen klareren Auftrag für eine umfassende und nachhaltige Energiewende, die stärkere Förderung von grenzüberschreitender Verkehrspolitik, eine europäische Arbeitslosenversicherung, bessere Rahmenbedingungen bei der Freizügigkeit, die Aufarbeitung der gemeinsamen Kolonialgeschichte Europas bis hin zur Unterstützung für Kommunen, die sich als „Solidarity Cities“ engagieren. Unser Fazit: Xhain möchte Europa mitgestalten, der Wahlkampf kann beginnen.

■ **Vasili Franco,**
Geschäftsführender Ausschuss

Xhain ist internationaler Europabezirk

Das Sprachkonzert in Tram und U-Bahn, das wir jeden Tag erleben können, ist nur ein Anzeichen dafür, dass wir uns in Friedrichshain-Kreuzberg in einem der internationalsten Bezirke Berlins befinden. Das Landesamt für Statistik sagt, dass hier besonders viele Nationalitäten zu Hause sind, und das sind nur die hier Gemeldeten. Hinzu kommen viele Weitere, die als Tourist*innen ein paar Tage hier verbringen.



Hausburgschule

Foto: Philipp Evenburg

So sind von den rund 290.000 Friedrichshain-Kreuzberger*innen etwa 78.000 Ausländer*innen. Das entspricht einem Anteil von etwa 27 %. Bundesweit sind es momentan nur etwa 12 %. Dass Xhain international sehr attraktiv ist, ist also nicht nur gefühlt so - die Zahlen belegen es.

Entsprechend ist es auch nicht verwunderlich, dass sich in unserem Bezirk fünf von 32 Standorten der Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) befinden, die bilinguales und interkulturelles Lernen miteinander verbinden. Zwei davon sind die Hausburgschule in Friedrichshain bzw. die Lemgo-Grundschule in Kreuzberg. Sie bieten als zwei von drei Grundschulen in Berlin deutsch-spanischen Unterricht an. Den weiterführenden Unterricht als deutsch-spanische Sekundarschule mit gymnasialer Oberstufe übernimmt seit dem Schuljahr 2018/19 die Albrecht-von-Graefe-Schule in Kreuzberg.

Xhain isst international

Europaschulen gibt es mittlerweile seit 27 Jahren in Berlin und sie sind eine bildungspolitische Antwort auf ein zusammenwachsendes Europa. Das Konzept dieser Berliner Bildungseinrichtungen ist einzigartig in Deutschland und steht grundsätz-

lich allen offen. So werden an den SESB neun Sprachen mit bilinguaem Unterricht angeboten. Da dieses Angebot sehr erfolgreich und dementsprechend attraktiv ist, sind die Plätze an den Schulen sehr begehrt.

Auch kulinarisch ist Friedrichshain-Kreuzberg sehr international aufgestellt. Waren es vor dem Mauerfall noch die Döner-Läden im alten Westberliner Bezirk Kreuzberg, von denen aus die türkische Küche ihren Siegeszug durch Deutschland und Europa antrat, so hat der Bezirk mittlerweile ein so dichtes Netz aus Restaurants, Gaststätten und Imbissen, die Gaumenfreuden aus allen Teilen der Welt auch abseits der Markthalen anbieten. So gibt es schwedische Süßigkeiten bei „Herr Nilsson“ in der Wühlischstraße genauso wie französische Delikatessen bei „Monsieur Collard“ in der Eisenbahnstraße, portugiesische und spanische Spezialitäten bei „Super Iberico“ in der Markgrafenerstraße sowie osteuropäisches bei „Matreshka“ (Boxhagener Straße) und in den Restaurants „Datscha“ in der Graefestraße und in der Gabriel-Max-Straße. Ein Stück kulinarisches Budapest kann man im Szimpla auf der Gärtnerstraße genießen. Die Prager Hopfenstube auf der Karl-Marx-Allee bietet nicht nur Bier nach Pilsener Brauart und mit „Pri Maria“ (Gärtnerstraße) und dem „Sofia Bar-Restaurant“ (Platz der

Vereinten Nationen, inklusive Weinhandlung) befinden sich mindestens zwei bulgarische Lokale im Bezirk. Und das ist nur eine kleine Auswahl. Zudem sucht die Fülle an vegan-vegetarischen Speisen ihresgleichen in Deutschland und untermauert damit den innovativen und nachhaltigen Charakter unseres Bezirks.

Europäische Kultur

Das visuell Bunte zeigt sich natürlich auch an der großen Riege der europäischen Kulturschaffenden in den unterschiedlichen Galerien, Ausstellungsräumen, Kneipen und Bars die sich mal mehr und mal weniger versteckt in den Kiezen befinden. Liebhaber der britischen Kultur kommen bei „Broken English“ in der Körtestraße oder bei „Books and Bagles – Shakespeare and Sons“ in der Warschauer Straße auf ihre Kosten. Das „Dante connection“ in der Oranienstraße bietet Literatur aus Italien und anderen Kulturen. Besonders aber draußen wird die Buntheit Friedrichshain-Kreuzbergs mit Kunst am Bau, Graffiti, Stencils (u.a. von Banksy) und nicht zuletzt durch die East Side Gallery markant untermalt.

■ **Philipp Evenburg**

Klimaschutz konkret. Für eine faire CO₂-Abgabe

Die grüne Energiewende für Europa: Klimaschonendes Verhalten soll belohnt werden

Immer mehr Menschen erkennen, dass die globale Erwärmung eine existenzielle Bedrohung unserer Zivilisation ist. Der weitere Anstieg des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre wird vor allem durch die Verfeuerung fossiler Brennstoffe (Kohle, Öl und Gas) in unseren Kraftwerken, Verkehrsmitteln und Heizungen verursacht. Durch den Treibhausgas-Effekt führt dies zu immer höheren Temperaturen und einer Destabilisierung des globalen Klimasystems. Nur die massive Verminderung der CO₂-Emissionen wird eine drohende „Heißezeit“ abwenden können.

Im Pariser Klimaabkommen hat sich die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet, die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen. Nur reichen die bisher getroffenen Maßnahmen bei weitem nicht aus, dieses Ziel auch zu erreichen. Das Instrument des europäischen Emissionshandels ist bisher weitgehend wirkungslos geblieben, weil die Anzahl der ausgegebenen Zertifikate viel zu hoch war und das Überangebot keinen wirksamen Marktpreis für diese Verschmutzungsrechte entstehen ließ. Zudem sind nur Kraftwerke und Industrieanlagen in den Emissionshandel einbezogen, nicht aber die Bereiche Mobilität und Wärme. Zeit, dass sich was ändert:

„Bis 2030 müssen 45 Prozent von Europas Energie, die wir beim Strom, der Wärme und der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050 müssen es 100 Prozent sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen. Die CO₂-Emissionen müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden.“ (Europawahlprogramm, S. 16)

Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir einen für alle Sektoren gleichermaßen verbindlichen Mindestpreis für CO₂, damit Klimaschutz auch wirksam funktionieren kann. Das grüne Konzept sieht vor:

„Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirkung bekommen. Dieser Preis besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei Komponenten: Für alle Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem Industrieanlagen sowie Kohle- und Gaskraftwerke –, muss es einen deutlich steigenden Mindestpreis für CO₂-Emissionen geben, (...) Zusätzlich muss die Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel

entsprechend dem Pariser Klimaziel weiter reduziert werden. Nur so entfaltet der CO₂-Preis eine echte Lenkungswirkung.“

Aber auch für fossile Treib- und Wärmebrennstoffe muss entsprechend des von ihnen verursachten CO₂-Ausstoßes ein CO₂-Preis fällig werden. Zukünftig sollen aber die Produkte und nicht deren Produktion unterliegen. So würde die Entstehung von CO₂ und nicht die Herstellung der Produkte verteuert. Dadurch wird verhindert, dass der hohe CO₂-Preis die Produktion und die Emissionen in Länder verlagert, in denen es keinen vergleichbar hohen Preis für CO₂ gibt.

Nicht nur die Proteste der Gelbwesten in Frankreich zeigen uns gleichzeitig, dass wir darauf achten müssen, dass es bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen gerecht zugeht. Daher braucht es auch eine soziale Komponente. Es darf nicht sein, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen einseitig oder übermäßig belastet werden.

Durch die Schaffung eines Energiegeldes in Form einer Pro-Kopf-Zahlung sollen die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die Verbraucher*innen zurückgegeben werden. Dass das Geld aus den erhobenen CO₂-Abgaben nicht einfach im Staatshaushalt verschwindet, sondern an die Menschen zurückfließt, wie es nun im Wahlprogramm gefordert wird, wird sicherlich die Akzeptanz der Energiewende bei den Bürger*innen erhöhen.

Die CO₂-Abgabe entfaltet ihre Wirkung dadurch, dass sie klimaschonendes Verhalten belohnt. Für den Verkehrssektor bedeutet das vereinfacht ausgedrückt, dass Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und ÖPNV-Benutzer*innen über die jährliche Auszahlung des Energiegeldes davon profitieren, was SUV-Fahrer*innen für ihre Spritfresser an höheren CO₂-Abgaben zahlen müssten.

Die Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg kann das besonders freuen. Da hier der Anteil der Radfahrer*innen hoch und der Anteil der Autofahrer*innen niedriger ist als in anderen Berliner Bezirken, dürften sie mehrheitlich zu den Gewinner*innen der CO₂-Abgabe gehören. Und natürlich gewinnt noch jemand: das Klima.

(Alle Zitate aus dem Europawahlprogramm 2019 „Europas Versprechen erneuern“)

■ **Jürgen Wolf**

Aktivismus, Twitter und feministische Literatur

Ein Interview mit dem trans Aktivist und Buchblogger Linus Giese

Stachel: Linus, bist du auf Twitter, um etwas zu verbessern?

Linus: Ja, ich bin auf Twitter aktiv, um Leuten etwas mitzugeben, die das annehmen wollen. Aber im Radio oder in der Zeitung zu sein ist mir auch wichtig, weil ich dann direkte Reaktionen von Kunden und Kundinnen kriege. Wenn ich ein bisschen dazu beitragen kann, dass eine Mutter darüber spricht, was es bedeutet, dass der Buchhändler trans ist, oder Kinder mir hier im Laden begegnen können und Ängste oder Hürden abgebaut werden, dann ist mir das wichtig, diesen Beitrag zu leisten.

Du hast letztes ein Bild von deinem Mantel auf Twitter gepostet und gesagt, dass du dich endlich wohl genug fühlst, diesen Mantel anzuziehen, weil du davor gedacht hast, dass er zu weiblich ist. Als cis Person hat man viel Spielraum. Fehlt dir diese Freiheit?

Ich glaube schon. Wenn man mal googelt, wer die bekanntesten trans Männer aus dem englischen oder amerikanischen Raum sind, sind das alles sehr muskulöse, weiße Männer, die das Sinnbild von Männlichkeit verkörpern. Ich glaube, dass viele trans Männer überkompensieren müssen, um zu beweisen, dass sie männlich sind. Wenn ein cis Mann sich zum Beispiel die Nägel lackiert, rollen manche die Augen, aber seine Identität wird nicht in Frage gestellt. Wenn ein trans Mann sich die Nägel lackiert, wird er gefragt, ob er wirklich ein Mann ist. Ich glaube, dass es auch schwer für trans Frauen ist, nicht geschminkt zu sein oder sich die Haare kurz zu schneiden. Von außen wird darauf ganz anders geguckt, als wenn sich eine cis Frau entscheidet, eine Kurzhaarfrisur zu tragen. Ich glaube im ersten Jahr habe ich dazu geneigt, super männlich gekleidet zu sein und nicht rauszufallen. Mich interessieren aber auch Leute wie Troye Sivan. Er spielt mit seiner Kleidung und mit seinem Stil. Ich möchte kein muskulöser, super männlicher Mann werden, sondern auch Spielraum haben. Den muss ich mir erkämpfen.

Es kaufen mehr Frauen als Männer Bücher und trotzdem ist die meiste Literatur antifeministisch. Wie kommt das?

Das sind althergebrachte Strukturen. Frauen sollen mit sogenannter „Frauenliteratur“ angesprochen werden, wie sie bei Thalia ausliegt, oder? Es gab im SZ Magazin ein Interview mit Viv Albertine. Sie hat gesagt, dass sie ein Jahr lang nur Bücher von



Linus Giese in der BUCHBOX! in Friedrichshain

Foto: Rebecca Eilfort

Frauen gelesen hat, weil Männer ihr nichts mehr zu sagen haben. Das wird sofort als unglaublich provokativ empfunden. Dabei wird übersehen, wie viel Männer, schon haben, worum Frauen noch kämpfen müssen.

Kannst du unseren Leser*innen drei feministische Bücher empfehlen?

Auf jeden Fall Margarete Stokowski. Mit ihren beiden Büchern *Untenum Frei* und *Die letzten Tage des Patriarchats*. *Untenum Frei* ist bei uns das meistverkaufte Buch 2018. Ich finde es zum Einstieg super und halte sie für eine ganz wichtige feministische Stimme. Dann Rebecca Solnits *Die Mutter aller Fragen*. Es ist eine Essayband-Sammlung. Ich finde es toll, weil sie auf Probleme wie die Sprechzeit von Frauen in Filmen aufmerksam macht. Ich glaub in Starwars haben Frauen (bis auf Prinzessin Leia) eine Sprechzeit von 63 Sekunden. Und aus Filmen, wo Frauen viel Sprechzeit haben, wird gleich ein Frauenfilm gemacht. Was mir noch gut gefallen hat, ist die Graphic Novel von Liv Strömquist, *Der Ursprung der Welt*. Es geht um schambesetzte Themen, wie die Periode, worüber wenig gesprochen wird. Es ist total wichtig, dass man sich nicht für etwas schämt, was zu einem gehört. Ich habe letztes Jahr ein Foto gepostet mit einem Fleck Blut in der Hose und gesagt, „auch trans Männer bluten“.

Es gab ein riesen Shitstorm. Ich konnte drei Tage nicht auf Twitter. Es gab Vergewaltigungsdrohungen und ich wurde beschimpft; nicht nur von Trollen, sondern auch von Leuten, die über Bücher bloggen und aus der bürgerlichen Mitte kommen.

Warum hast du das Bild auf Twitter gestellt?

Viele wissen nicht, dass manche trans Männer noch ihre Periode kriegen. Es wird abschließend formuliert, wenn nur gesagt wird, dass Frauen ihre Periode kriegen...

... oder wenn Tampons und Binden „Damenhygiene“ genannt werden.

Genau. Und genauso bei all den Tweets zum Paragraf §218: „Frauen, die schwanger werden können“, „Schwangere Frauen“... Ich bin dann

wie ein Bot, der drunterscreibt: „Vergesst die trans Männer nicht“. Ich habe schon geahnt, dass es provozierend ist, dieses Foto online zu stellen, aber ich habe gedacht, es ist wichtig. Vielleicht nehmen drei Leute daraus mit „Oh ja, auch trans Männer bekommen ihre Periode.“

Wie bist du mit dem Hass umgegangen?

Ein Freund von mir hat sich für mich eingelogg und ein paar Tage lang alle beleidigenden Tweets blockiert, sodass ich sie gar nicht mehr gesehen habe. Und ich habe drei Tage Pause gemacht. Es gab Zeiten, wo so etwas sehr schlimm für mich war. Ich bin gar nicht mehr zurecht gekommen. Da habe ich eine Supervision bei einer Therapeutin gemacht, die auf Hass im Netz spezialisiert ist. Es gibt nicht viele trans Menschen auf Twit-

ter, die unter ihrem Klarnamen und dem echten Foto twittern. Ich twitterte unter meinem Klarnamen, jeder weiß, was für einen Job ich habe und jeder weiß, wo die Buchhandlung ist, in der ich arbeite. Das ist schon manchmal eine Belastung, das auszuhalten.

Hast du Angst?

Ich habe mal ein Paket bekommen: ein Bilderrahmen mit dem Foto einer Erdbeere und dem Buch *Akzeptiere deine Weiblichkeit*. Es war auch immer schwer, den Leuten verständlich zu machen, dass das nicht meine Schuld ist, dass das passiert. Als ich der Therapeutin, bei der ich die Supervision gemacht habe, gesagt habe, dass ich das alles vielleicht auch ein bisschen provoziert habe, sagte sie: „Das klären wir jetzt ein für alle mal: Egal, was du im Internet schreibst, nichts rechtfertigt diese Reaktion.“ Es ist aufreibend gewesen, dass viele gesagt haben: „Aber bist du nicht auch ein bisschen selber Schuld?“

Es ist beeindruckend, dass du dich nicht einschüchtern lässt.

Es ging vorletztes Jahr im Dezember los. Die haben die Adresse meines Arbeitgebers veröffentlicht und Dinge geschrieben wie, man solle hier anrufen und nach meinem alten Namen fragen und ich solle am nächsten Tag besser einen Sport-BH anziehen, es könne mir etwas passieren. Da hatte ich mega Angst. Ich habe die Polizei angerufen. Abends waren Leute hier, damit ich nicht alleine bin. Mittlerweile aber habe ich verstanden, dass niemand von denen mir körperlich schaden möchte. Die wollen einfach, dass ich so viel Angst habe, dass ich nichts mehr sage. Aber letztes habe ich getwittert „Voll aufregend, ich habe einen Termin bei der Gynäkologin“ und da hat mir jemand geschrieben, ich würde echten Frauen die Termine wegnehmen, weil ich mir einbilde, eine Frau zu sein. Da musste ich schmunzeln: Wenn man mich schon hasst, muss man sich ein bisschen sortieren, sonst fühle ich mich nicht ernst genommen.

Gibt es etwas, das du noch loswerden möchtest?

Es wäre wichtig, dass Menschen sich ihre Offenheit bewahren. Es ist nicht gefährlich, dass sich Dinge verändern oder festgelegte Grenzen verschwimmen. Das kann für uns alle nur gut sein.

Das Gespräch führte Rebecca Eilfort



We can't believe we still have to protest this shit...

Schon beim ersten Internationalen Frauentag 1911 forderte Clara Zetkin gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und heute? Mehr als 100 Jahre später ist Deutschland in der Frage der Lohngerechtigkeit international weit abgeschlagen und rangiert im europäischen Vergleich auf einem der hinteren Plätze.

Alle Jahre wieder ist der Equal Pay Day, also der Tag, an dem Frauen im Schnitt so viel verdient haben wie Männer, nicht am 31.12. des entsprechenden Jahres, sondern erst im Folgejahr. Dieses Jahr wird der Tag, an dem Frauen so viel verdient haben, wie Männer in 2018, der 18. März sein. Am Equal Pay Day, dem Tag, der symbolisch die geschlechtsspezifische Lohnlücke markiert, soll auf diese immer noch bestehende Ungerechtigkeit aufmerksam gemacht werden.

Die Gründe dafür sind zahlreich: Frauen arbeiten häufiger in schlechter bezahlten (sozialen) Berufen, weniger in Führungspositionen, öfter in Teilzeit oder unterbrechen ihre Berufstätigkeit für Care-Arbeit unterschiedlichster Art. Und vor allem: Frauen werden für gleiche Arbeit schlechter bezahlt. Und natürlich macht sich auch

Mehrfachdiskriminierung beim Lohngefälle bemerkbar. Kommen Flucht- oder Rassismuserfahrung hinzu, ist das Ausmaß der Lohndiskriminierung nochmal verstärkt.

Was macht die Bundesregierung? Sie geht das Thema halbherzig an. Ein Jahr nach Einführung des sogenannten Entgelttransparenzgesetzes bleibt das Gesetz, wie erwartet, weitgehend wirkungslos: Unternehmen machen davon keinen Gebrauch.

Die Grüne Bundestagsfraktion hat das Gesetz von Beginn an kritisiert. Seit es in Kraft ist, können Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 200 Mitarbeiter*innen Auskunft über die Entgeltstrukturen in ihrem Betrieb verlangen. Das sogenannte Entgelttransparenzgesetz schafft aber nur sehr eingeschränkt Transparenz. Denn rund 60 Prozent der Frauen steht

der Auskunftsanspruch nicht zu, da sie in Betrieben mit weniger als 200 Beschäftigten arbeiten. Betriebliche Prüfverfahren für die Entgeltstrukturen sind unverbindlich und auch wirkungslos, denn es fehlt die Vorgabe, zertifizierte Verfahren anzuwenden. Vor allem aber müssen Frauen, die gegen Entgeltdiskriminierung vorgehen wollen, weiterhin individuell klagen.

Transparenz für alle

Um wirklich wirksam zu sein ist es jedoch notwendig, dass das Entgeltgleichheitsgesetz auch für Betriebe mit weniger als 200 Mitarbeiter*innen gilt - gerade weil viele Frauen in kleinen und mittelständischen Unternehmen arbeiten.

Auch die Klagemöglichkeiten für Frauen, die weniger Lohn als ihre

männlichen Kollegen erhalten, müssen sich verbessern - etwa durch die Einführung eines Verbandsklagerechts, damit Frauen nicht individuell gegen ihre*n Arbeitgeber*in klagen müssen.

Nötig ist zudem eine angemessene Bezahlung in Pflege-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen, in denen Frauen überproportional beschäftigt sind. Es ist ein Unding, dass Tätigkeiten, die in unserer Gesellschaft immer wichtiger werden, nach wie vor so geringe Anerkennung erfahren. Eine Aufwertung und bessere Bezahlung dieser Berufe ist mehr als überfällig.

Auch bei der unbezahlten Care-Arbeit wird der allergrößte Anteil von Frauen übernommen. Wir fordern eine bessere Vereinbarkeit mit der beruflichen Lebensplanung durch ausreichende Kitaplätze und Ganztagschulen, durch Arbeitszeitmodelle, die

Flexibilität ermöglichen, ein echtes, nicht nur halbherziges Rückkehrrecht in eine Vollzeitstelle. Vor allem müssen Männer endlich einen relevanten Beitrag leisten für die Gleichverteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit. Wir fordern zudem die Abschaffung des Ehegattensplittings und der beitragsfreien Mitversicherung.

Wir gehen deshalb dieses Jahr nicht nur am 18. März, sondern auch am 8. März, dem Internationalen Frauentag wieder auf die Straße, um gegen diese bestehenden Ungerechtigkeiten zu protestieren.

Annika Gerold, Bezirksverordnete, Fraktionssprecherin

Sarah Jeremtus, Bezirksverordnete

Frauen und Obdachlosigkeit

Die Frauennotübernachtung „Am Wassertor“ gibt es seit November 2012. Sie ist eine der ersten Einrichtungen ausschließlich für Frauen im Rahmen der Berliner Kältehilfe.

Träger der Einrichtung ist das Diakonische Werk Berlin Stadtmitte e. V. Von November bis März stellt sie täglich ab 20 Uhr 15 Schlafplätze für Frauen ohne Obdach zur Verfügung. Dort erhalten sie eine warme Mahlzeit, können duschen und ihre Wäsche waschen. Am Morgen gibt es noch ein Frühstück.

Betrug die Auslastung in den Vorjahren stets zwischen 90 und 100 Prozent, so ist die Notübernachtung in diesem Jahr nicht voll ausgelastet. Dass sich die Situation etwas entspannt hat, liegt unter anderem daran, dass es inzwischen mehr Kältehilfepplätze nur für Frauen gibt, erklärt die Leiterin der Einrichtung, Frau Doreen Glamann.

90 m² und 15 Isomatten

Die Frauen übernachten im Raum der Tagesstätte für Wohnungslose, die vom Diakonischen Werk Berlin Stadtmitte e. V. an derselben Adresse geführt wird. Die Tische, an denen tagsüber sowohl Männer als auch Frauen in sozialen Notlagen Hilfe und Unterstützung finden, dienen den Frauen in der Nacht als Abgrenzung zwischen den einzelnen Isomatten. Das hat sich bewährt, denn manche Frauen zieht die Unterbringung in dem insgesamt ca. 90 m² großen Raum einem Einzelzimmer, welches andere Unterkünfte für Frauen anbieten, durchaus vor. Denn dann „sind sie nicht allein mit ihren Gedanken“, berichtet Frau Glamann.

Viele der Frauen, die hier übernachten, nutzen auch das Angebot der Tagesstätte. Hier werden Hilfe und Beratung bei der Suche nach geeigneten Wohnformen, bei Problemen mit Ämtern, Suchtproblemen oder die Weitervermittlung an fachspezifische Einrichtungen angeboten.

Es gibt Essen und Trinken, Duschen und Hygieneartikel und auch Spenden (z. B. Lebensmittel und Kleidung) werden ausgegeben.

Frauen in Not

Die Nachtschicht in der Notübernachtung wird in der Regel von zwei Studentinnen übernommen. Sie nehmen die Frauen in Empfang, geben Bettzeug aus und kochen, oft gemeinsam mit den Gästen. Dabei werden Gespräche geführt und Kontakt und Vertrauen zu den Frauen aufgebaut. Kein leichter Job, auch nicht für die oft im sozialen Bereich studierenden Mitarbeiterinnen. Denn 70 bis 80 Prozent der Frauen, die in die Notübernachtung kommen, leiden an psychischen Erkrankungen. Häufig werden Frauen aus überbelegten Frauenhäusern geschickt oder nach Vorfällen häuslicher Gewalt direkt von der Polizei vorbeibracht. Oft befinden sie sich dann in psychischen Ausnahmesituationen.

Bessere Bedingungen

Nach ihren Wünschen gefragt, beschreibt Doreen Glamann, dass

Notübernachtung für obdachlose Frauen

Notübernachtung für obdachlose Frauen gibt es in den Räumen der Tagesstätte „Am Wassertor“
Segitzdamm 46, 10969 Berlin
Tel. 030 – 615 63 24

Öffnungszeiten:
täglich 20.00 bis 8.00 Uhr
(letzter Einlass 22.00 Uhr)

es Verbesserungen in der Zusammenarbeit mit der Gesundheitshilfe (insbesondere die psychiatrischen Abteilungen der Krankenhäuser sind völlig überlastet) und bessere Bedingungen für die Frauenhäuser (mehr Hilfsangebote in Fällen von häuslicher Gewalt) braucht.

Ebenso wünschenswert ist ausgebildetes Personal mit festen Stellen, welches geschult für Krisensituationen ist. Darüber hinaus spielt auch die Versorgung pflegebedürftiger Menschen inzwischen zunehmend eine Rolle. So wäre es hilfreich, beispielsweise ambulante Pflegedienste in Tagesstätten und Unterkünfte zu integrieren. Denn die Versorgung pflegebedürftiger Gäste kann das Personal der Einrichtung nicht fachgerecht leisten.

Um den besonderen Anforderungen wohnungsloser Frauen gerecht zu werden, wäre eine Statistik über konkrete Bedürfnisse hilfreich, erläutert Frau Glamann, die seit 20 Jahren in der Wohnungslosenhilfe tätig ist. So könnten zielgerichtete und bedarfsgerechte Angebote unterbreitet werden.

Bemerkenswert ist, dass eine große Anzahl der Frauen, von denen die meisten in der Kälteperiode bereits seit langen Jahren in die Notübernachtung kommen, in jedem Frühjahr/Sommer einfach wieder „verschwindet“. Das zeigt, dass in der Kältehilfe Menschen auftauchen, die man sonst nicht erreicht, bemerkt Frau Glamann am Ende des Gesprächs. Diese Chance sollte genutzt werden, um denen, die von den standardmäßigen Angeboten der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe bisher nicht profitieren, notwendige Unterstützung auch unterjährig zukommen zu lassen.

■ Claudia Schulte,
Bezirksverordnete

100 Jahre Frauenwahlrecht

Das Frauenwahlrecht ist ein Grund zu feiern, aber noch kein Grund sich entspannt zurückzulehnen. Bei der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 war es Frauen in Deutschland erstmals gestattet, ihre Stimme abzugeben und gewählt zu werden.

Das historische Ereignis führt uns deutlich vor Augen, dass Gleichheit vor dem Gesetz und Gleichberechtigung keine Selbstverständlichkeiten sind. Sie müssen erkämpft und geschützt werden. Die Einführung des Frauenwahlrechts war das Ergebnis eines jahrzehntelangen politischen Kampfes von Feminist*innen. Auf ihrem Weg, ein gleichberechtigter Teil des Staates und der Politik zu werden, mussten die Feminist*innen ihrer Zeit nicht nur gesellschaftliche Schmähungen und Erniedrigungen über sich ergehen lassen. Im Kampf für das Frauenwahlrecht nahmen die Feminist*innen Verhaftungen und Gefängnisaufenthalte auf sich. Bei ihrem Widerstandskampf gegen die vormaligen Verhältnisse hatten sie noch die Überzeugungsarbeit zu leisten, dass Frauen Trägerinnen der gleichen Rechte sind und sein müssen, wie Männer.

Ende 1918 hatten die Befürworter des Frauenwahlrechts im Parlament dann die Mehrheit, durch die die Änderung des Reichswahlgesetzes möglich wurde. Am 30. November 1918 trat das Reichswahlgesetz in Kraft, das nun auch Frauen als Wahlberechtigte vorsah – das Recht ihre Stimme bei Wahlen abzugeben und sich selbst wählen zu lassen. Unter den Gewählten der ersten verfassungsgebenden Nationalversammlung nach Einführung des Frauenwahlrechts befanden sich 37 Frauen. Dies entsprach einem

Anteil von 8,7 %. Heutzutage beträgt der Frauenanteil im Bundestag fast 31 % Prozent. Mittlerweile sind also knapp ein Drittel der gewählten Abgeordneten Frauen und dennoch wird deutlich, dass die Gleichberechtigung noch nicht erreicht ist, denn der Anspruch muss sein, die Hälfte zu erreichen. Derzeit werden verschiedene Gesetze und Initiativen diskutiert, die ein verfassungskonformes Paritätsgesetz anstreben. Damit stehen uns interessante Debatten bevor, die das Potential haben, die Demokratie ordentlich zu beleben.

Dass zu einer gleichberechtigten Gesellschaft noch ein weiter Weg und politische Durchsetzung notwendig ist, ist bekannt. Als erste direkt gewählte weibliche Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag werde ich oft darauf angesprochen, ob es schwierig war, den Wahlkreis zu gewinnen. Auch mein Vorgänger Hans Christian Ströbele hat in sich für eine Gesellschaft politisch eingesetzt, in der Frauen Jura studieren können und in allen Beruf arbeiten, weil die Nazis es seiner Mutter verweigerten. Politische Arbeit für die Bevölkerung zu leisten bedeutet insbesondere, die Unterschiedlichkeit und Vielfalt in Einklang zu bringen mit dem Recht auf Gleichbehandlung bzw. Gleichstellung.

■ Canan Bayram,
Mitglied des Bundestages

8. März bleibt kämpferisch

Im Frauenmonat März blicken wir Grüne immer besonders kritisch auf die Gleichstellung von Frauen und leider gilt auch im Jahr 2019: Wer als Frau in unserer Gesellschaft lebt, hat es schwerer.

Frauen tragen immer noch den größten Teil der Verantwortung für Familie und Haushalt, oft zusätzlich zu ihrer Lohnarbeit. Teilzeitarbeit unter prekären Bedingungen, schlechtere Karrierechancen und ungerechte Entlohnung setzen sie einem hohen Armutsrisiko aus. Sie sind häufiger Gewalt ausgesetzt und das Recht, über ihre Körper frei bestimmen zu können, wird durch die Paragraphen 218 und 219a nach wie vor massiv eingeschränkt. Trotz 100 Jahren Frauenwahlrecht ist es um ihre Repräsentation schlecht bestellt, weil der Frauenanteil in deutschen Parlamenten weit unter ihrem Anteil in der Bevölkerung liegt.

Gegen patriarchale Strukturen

Der internationale Frauentag wurde einst ausgerufen, weil Frauen all das nicht länger hinnehmen wollten. Sie erkoren ihn zum Kampftag für ihre Emanzipation. Bis heute begehnen viele Feminist*innen den 8. März als Frauenkampftag und einige sind besorgt, dass er durch den Feiertagsstatus seine ursprüngliche Bedeutung verlieren könnte. Sie finden, dass Frauen noch wenig Grund zum Feiern, aber viel Grund zum Kämpfen haben. Das stimmt! Aber mit ihren Feiertagen markiert eine Gesellschaft nicht einfach nur die Tage, an denen sie am liebsten feiert, sondern die Tage, die für sie von besonderer Bedeutung sind. Deshalb ist es gut, dass wir eine Mehrheit für den 8. März gefunden haben. Aber auch als Feiertag müssen wir ihn in seiner ganzen Bedeutung annehmen

und weiterhin radikal und kämpferisch begehnen.

Aus der Frauenbewegung entstanden, kämpfen wir Grüne seit 40 Jahren gegen patriarchale Strukturen. Emanzipation gehört zu den Grundwerten, die wir von den 68ern geerbt haben. Wir werden nicht nur mehrheitlich von Frauen gewählt, sondern auch unsere Führungsspitze ist in großen Teilen weiblich. Wir Grüne sind die Partei der Frauen.

Deshalb haben auch viele Bündnisgrüne von Anfang an für den 8. März als zusätzlichen Feiertag geworben und unser letzter Parteitag hat sich mit überragender Mehrheit für ihn ausgesprochen. Der Titel des Antrags lautete: „Ein feministischer Feiertag für Berlin – Der 8. März bleibt Frauenkampftag“. Denn auch uns geht es am 8. März nicht um Blumen und Pralinen. Wir wollen keinen zweiten Muttertag, an dem Frauen für platte Stereotype gefeiert werden. Wir wollen für ihre Rechte kämpfen. An diesem, genauso wie an jedem anderen Tag.

Wir wollen Berlin endlich zur Stadt der Frauen machen. Deshalb hat unsere Abgeordnetenhausfraktion dieses Jahr die ersten Grünen Frauenkampftage ausgerufen, mit denen wir im Februar und März den Fokus unserer Arbeit noch stärker auf die Frauenpolitik legen als sonst.

Denn obwohl Frauen in den letzten 100 Jahren viel erkämpft haben, bleibt noch genug zu tun und solange das so ist, gehen wir am 8. März auf die Straße!

■ Antje Kapek,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Fraktionsvorsitzende

Freitag, 29.3.2019, 19.00 – 21.00 Uhr

Frauenbefreiung in Nordsyrien – erfolgreiche Ansätze im Kampf um Gleichberechtigung

Veranstaltung des Städtepartnerschaftsvereins Friedrichshain-Kreuzberg - Dêrik/Nordsyrien in Kooperation mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Petra Koch-Knöbel

In der demokratischen Föderation Nordsyriens ist in den letzten Jahren ein für den Nahen Osten einzigartiges Modell der Selbstverwaltung und Gleichberechtigung von Frauen entstanden. In den Kriegswirren entwickelte sich in dieser patriarchalisch geprägten Region ein System der Partizipation von Frauen, das - vom Westen weitgehend unbeachtet - einzigartig ist: alle öffentlichen Führungspositionen, von den Bürgermeister*innen bis zu den Vorsitzen in den verschiedensten

Kommissionen und Gremien werden von je einer Frau und einem Mann gleichberechtigt besetzt. Das Militär hat eigene Fraueneinheiten. Ebenso wird darauf geachtet, dass alle ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen ihrem Anteil entsprechend beteiligt sind.

Eine Delegation des Städtepartnerschaftsvereins besuchte im Oktober 2018 unsere Partnerstadt Dêrik. Im Rahmen dieses Besuchs informierte sie sich dort u.a. über die Arbeit der Frauenorganisation Kongra Star und das Frauendorf ‚Jinwar‘. Ein

Dorf von Frauen für Frauen, das in traditioneller und ökologischer Lehmbauweise errichtet wurde.

Mit dieser Veranstaltung möchten wir dazu einladen, diese speziellen Ansätze der Frauenbefreiung kennenzulernen und gemeinsam zu überlegen, wie wir diese Ansätze z.B. durch Partnerschaften zu Frauenorganisationen und Fraueneinrichtungen vor Ort unterstützen können, aber auch, was wir davon lernen können.

Programm:

- Begrüßung
- Auszüge aus dem arte-Film: Syrien-Rojava stellt Frauen gleich
- Bericht (mit Fotos) über die Eindrücke im Rahmen der Delegationsreise nach Dêrik zur Arbeit der Selbstverwaltung, den Fraueneinrichtungen und dem Besuch des Frauendorfes Jinwar – Elke Dangeleit (Städtepartnerschaftsverein)
- Vortrag vom kurdischen Frauen Rat Dest-Dan (NN angefragt) über die Situation der Frauen in Nordsyrien (Kurdinnen, Araberinnen, Christinnen, Ezidinnen), die Arbeit der Frauenorganisation Kongra Star in den Strukturen der Selbstverwaltung, das Konzept der kurdischen feministischen Ideologie ‚Jineologie‘ und den Stand der praktischen gesellschaftlichen Umsetzung
- Diskussion

Moderation: Irene Böhm (Städtepartnerschaftsverein)

Ort: Rathaus Kreuzberg, Yorckstr. 4-11, 10965 Berlin, R. 1053 (ehemaliger Bezirksamtssitzungssaal, 1. Etage)

Rund ums Bezirksparlament

Hostel-Neubau Skalitzer- Ecke Mariannenstraße gestoppt

Auf dem Gelände vom einstigen Autohaus an der Ecke Mariannenstraße/Skalitzer Straße sollte ein Hotel- und Hostelkomplex entstehen – mit den zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die umliegende Kiez-Struktur. Seit Jahren stehen die Planungen dafür in der Kritik. Kurz bevor die Baugenehmigung auslaufen wäre, wurde dann mit ersten vorbereitenden Baumaßnahmen begonnen. Im Kiez gründete sich die Initiative „No Hostel 36“ und sorgte für starken Protest. Und hatte Erfolg: In Gesprächen zwischen Baustadtrat Florian Schmidt, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Eigentümerin des Grundstücks, der IDEAL Lebensversicherung, konnte sich auf eine Alternative zur Bettenburg geeinigt werden. Entstehen soll jetzt ein Bürogebäude mit kleinen Ladeneinheiten im Erdgeschoss. Die IDEAL Versicherung hat angekündigt, die Flächen bevorzugt im Bezirk bereits ansässigen Unternehmen, u.a. auch Unternehmen mit gemeinwohlorientierten und sozialen Ansätzen, anzubieten. Der Bau von Wohnungen ist aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen auf dem Grundstück nicht möglich.

Umbenennung einer Straße nach Audre Lorde

Unsere Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung will für mehr Repräsentanz und Sichtbarkeit von Frauen sorgen. Aus diesem Grund hat sie im letzten Jahr einen Antrag eingebracht, eine Straße im Ortsteil Kreuzberg nach der amerikanischen Dichterin, Feministin und Aktivistin zu benennen. Die schwarze lesbische Poetin aus den USA hat zwischen 1984 und 1992 jährlich mehrere Monate in Berlin gelebt. Ihre Wirkstätten im Kampf gegen Rassismus, Homophobie und Antisemitismus war u.a. das Frauenzentrum „Schokofabrik“ in der Mariannenstraße. Audre Lorde hatte einen zentralen Einfluss auf die Entstehung der jüngeren Schwarzen Bewegung, und besonders einer Schwarzen Frauenbewegung, in Deutschland, die sich damals in ihren „Berliner Jahren“ erst gründete. Sie ermutigte zahlreiche Afrodeutsche Frauen zu schreiben, unter anderem auch May Ayim, nach der bereits ein Ufer an der Spree benannt ist. Unser Antrag wurde im Februar von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen: der Prozess für die Benennung einer Audre-Lorde-Straße kann nun beginnen.

Vorkaufsrecht in der Karl-Marx-Allee durchgesetzt

Im Dezember letzten Jahres wurde bekannt, dass die Blöcke D-Süd und F-Nord der Karl-Marx-Allee an die Deutsche Wohnen (DW) verkauft wurden. Ausgerechnet an eine börsennotierte Wohnungsgesellschaft, die sich einen Namen gemacht hat mit z.B. irrationalen, teils unberechtigten Mieterhöhungen in astronomischen Höhen und ausfallenden Heizungen in den kältesten Wintermonaten. Der grüne Baustadtrat Florian Schmidt, der auch schon mit der CG-Gruppe über das Postscheckamt in harte Verhandlungen trat, ließ sofort ein Vorkaufsrecht prüfen, welches keine finanzielle Folgen für die Mieter*innen bringen würde. Mit dem Berliner Senat im Boot und in einigen zähen Sitzungen und Verhandlungen konnten schließlich mehr als 26% der nötigen Mieter*innen von einer Rekommunalisierung ihrer Wohnungen überzeugt werden. Diese gehören bald der landeseigenen Gewobag. Es ist nur schade, dass der regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, nun plötzlich mögliche Enteignungen nicht mehr „als seinen Weg und seine Politik“ sieht. (rs)

In den letzten Jahren gab es viele Diskussionen um die fußgänger*innen- und fahrradfreundliche Umgestaltung der Bergmannstraße. Derzeit läuft die vereinbarte Testphase. Eine Mehrheit im Bezirksparlament will diese früher beenden. Die Grüne Fraktion kritisiert, dass dadurch auch die laufenden Bürger*innenbeteiligung missachtet wird. Eine verkehrspolitische Wende ist dringender denn je.

Ein Ergebnis der bisherigen Bürger*innenbeteiligung rund um das Projekt Begegnungszone Bergmannstraße war, dass eine einjährige Testphase stattfinden soll, bevor über mögliche dauerhafte Umbauten entschieden wird. Diese begann im Herbst 2018. Zuvor wurden bereits im Frühjahr 2018 erste sogenannte Parklets aufgestellt. Mit diesen beweglichen Modulen können Fahrradparkplätze, kleine Grünflächen oder Sitzgelegenheiten am Straßenrand geschaffen werden. Die Module können leicht an einen anderen Standort verschoben werden. Auch das ist Teil der Testphase. Die Parklets sind auch nur beispielhafte Modelle und können im Falle eines dauerhaften Umbaus auch anders gestaltet werden – zum Beispiel aus Holz oder bepflanzt. Der Phantasie sind im Beteiligungsprozess keine Grenzen gesetzt.

Im Januar 2019 hat auf Antrag der Linkspartei das Bezirksparlament (BVV) zusammen mit den Stimmen von SPD, CDU und FPD beschlossen, die laufende Testphase zur Begegnungszone in der Bergmannstraße frühzeitig zu beenden. Die grüne BVV-Fraktion hat dagegen gestimmt. Grüne Position ist es, die laufende Bürger*innenbeteiligung ernst zu nehmen und sie nicht in der Mitte abbrechen. Aber auch bei einer kürzeren Testphase muss gelten, dass gemeinsam mit den Bürger*innen



Parklet in der Bergmannstraße

Foto: ha

und Gewerbetreibenden entschieden wird, wie die Bergmannstraße aussehen soll. Umso wichtiger ist es jetzt, trotz kürzerer Testphase die Beteiligungsformate anzupassen und zu intensivieren. Denn der Anspruch auf Beteiligung der Anwohner*innen bleibt bestehen.

Das Argument, dass aufgrund der Testphase das Bergmannstraßenfest nicht stattfinden könne, erwies sich als nicht stichfest. Der ausrichtende Verein hat nämlich bereits öffentlich gegenüber der taz erklärt, dass eine Terminänderung nicht in Frage kommt und stattdessen das Angebot des Be-

zirksamts gerne angenommen wird, in diesem Jahr im Juli mit dem Fest in die Kreuzbergstraße umzuziehen.

Für lebendige öffentliche Räume

Von Anfang an hat sich gezeigt, dass es in den Diskussionen oft um mehr geht, als nur um die Bergmannstraße. Die Frage, wem der öffentliche Raum gehört und wie dieser zwischen den verschiedenen Nutzer*innen verteilt wird, spielt eine gewichtige Rolle. Das Bild einer autogerechten Stadt

gehört der Vergangenheit an, auch wenn es immer noch Anhänger*innen hat.

In der Bergmannstraße geht es jetzt um einen Aushandlungsprozess, der sich im Spannungsfeld zwischen „Alles bleibt wie es ist“ und einer Fußgängerzone bewegt. Dazu gehört, sich auch mit den kritischen Positionen ernsthaft auseinanderzusetzen. Denn ohne den Dialog über die Veränderungen im Umfeld wird der Wandel nicht funktionieren. Unsere Position ist es, sich weiter für eine Verkehrswende mit Fokus auf den Fuß- und Radverkehr sowie den öffentlichen Nahverkehr einzusetzen.

Immer mehr Bürger*innen machen sich stark für die Reduktion oder Sperrung des Durchgangsverkehrs in ihren Kiezen, für qualitätsvolle und lebendige öffentliche Räume oder den Ausbau der Radinfrastruktur. Das wollen wir auch im Bergmannkiez weiter unterstützen. Vom Bezirksamt wurde bereits angekündigt, zusammen mit den Kiez-Initiativen ein integriertes und partizipatives Dialogverfahren über die Zukunft der öffentlichen Räume im Bergmannkiez zu starten, das über die Frage der Begegnungszone hinaus geht.

■ Annika Gerold und
Julian Schwarze,
Bezirksverordnete

Wie geht es weiter mit dem MyFest?

Im vergangenen Jahr fand zum 15. Mal das jährlich am 1. Mai in Kreuzberg gefeierte „MyFest“ statt. Anlass für das Fest bei seiner Initiierung war, den Kreuzberger 1.-Mai-Unruhen ein friedliches Fest entgegenzusetzen.

Veranstaltet wird das Fest von der MyFest-Crew, finanziert vom Senat. Über den Festbereich des MyFestes hinaus, finden überall im Kiez weitere Straßenparties statt.

2018 wurde das „MyFest“ erstmals durch das bezirklich getragene eintrittsfreie Parkfest „MaiGörli“ ergänzt. Einer der Gründe waren die Partys am 1. Mai im Görlitzer Park in den Jahren davor, bei denen die Grünanlage stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dies konnte durch das MaiGörli-Fest und den kontrollierten Einlass in den Park weitgehend verhindert werden. Viele Anwohner*innen störten sich allerdings am kontrollierten Einlass.

Um über die Zukunft des Festes, zu sprechen, fanden seit dem ver-

gangenen Mai diverse Einwohner*innenversammlungen statt, bei dem auch unsere Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann teilnahm.

Nach 15 Jahren haben sich das Ausmaß und die Form des MyFestes stark verändert, was insbesondere die direkten Anwohner*innen und Gewerbetreibenden im Festbereich unzufrieden gestimmt hatte. Um dieser wahrgenommenen Unzufriedenheit auf den Grund zu gehen, die Probleme genauer zu fassen und gemeinsame Lösungsansätze zu finden, hat unsere Fraktion im Nachgang an das letzte MyFest im vergangenen Jahr das Bezirksamt beauftragt, eine repräsentative Anwohner*innen-Umfrage zu möglichen Änderungs-

wünschen bzgl. des 1. Mai in Kreuzberg 36 durchzuführen. Wir wollten damit eine möglichst große Beteiligung der Anwohner*innen und weiterer Akteur*innen ermöglichen, für die Versammlungen keine ansprechenden Beteiligungsformate darstellen, und so den Menschen vor Ort fragen, wie sie den 1. Mai in ihrem unmittelbaren Kiezen feiern wollen.

Bei dieser Umfrage wurden 5.000 Haushalte per Zufallsprinzip befragt. Die befragten Anwohner*innen haben sich dabei mehrheitlich für eine Fortführung des MyFestes, aber in anderer Form, ausgesprochen. Die Anwohner*innen beklagen hauptsächlich Müll, fehlende Toiletten,

Lärm und eine zunehmende Kommerzialisierung im Kiez.

Als Konsequenz soll es zukünftig ein vielfältigeres Bühnenprogramm mit lokalen Künstler*innen, Gruppen und Sportvereinen geben. Insgesamt sollen auch lokale Einrichtungen und Initiativen eine stärkere Rolle spielen. Wir sind gespannt, wie die neuen Ideen gemeinsam umgesetzt werden und wie aus dem MyFest und den Feiern drum herum wieder ein Fest mit mehr Kiezbezug werden kann.

■ Annika Gerold und
Filiz Keküllüoğlu,
Bezirksverordnete

Neues vom Halleschen Ufer

Seit längerem plante die CG Gruppe ein neues Quartier rund um das alte Postscheckamt am Halleschen Ufer. Zuletzt gab es Streit wegen einseitiger Planungsänderung durch den Investor. Doch es kam zur Einigung und die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo erhält nun mehr Flächen für preiswerten Wohnraum. Kurz darauf verkaufte die CG-Gruppe ihren restlichen Anteil am Projekt.

Seit langem wird um die geplante neue Bebauung am Halleschen Ufer gerungen. Zuletzt ging es insbesondere um den Anteil an preiswerten Wohnraum. Diesen wollte die CG Gruppe von über 22.000 Quadratmetern auf ca. 17.000 senken und stattdessen mehr Gewerbeflächen errichten. Das sorgte für heftige Kritik. Denn es sind gerade diese Wohnungen, die ganz besonders benötigt werden. Nach mehreren Gesprächsrunden zwischen Bezirksamt, Senat und Investor kam es zu einem neuen Kompromissvorschlag. Dieser sieht vor, dass zwar der Gewerbeanteil erhöht wird, gleichzeitig aber die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo den kompletten Bereich an der Nordseite des

Postscheckgeländes übernimmt. Die Wohnfläche im bezahlbaren Bereich steigt damit auf 28.000 Quadratmeter. Entstehen sollen rund 320 Wohnungen durch die degewo. Den Großteil hiervon – über 240 Wohnungen – werden zu Mietpreisen um die 6,50 Euro pro Quadratmeter angeboten, die restlichen zu Kosten bis maximal zehn Euro. Hinzu kommt ein angrenzendes Baufeld, das bereits in den ursprünglichen Planungen für Wohnungen vorgesehen war und zwischenzeitlich von der CG Gruppe für gewerbliche Nutzungen umgeplant wurde. Hier bleibt es nun dabei, dass es eine Wohnnutzung geben wird.

Im Vergleich zu den ursprünglichen Plänen hat sich die Zahl der Neubau-

wohnungen auf dem Gelände in etwa halbiert – 623 Wohnungen sollten es mal sein. Gleichzeitig verdoppeln sich jetzt aber die preisgünstigen Angebote. Anders als noch vor einigen Monaten wird die Wohnfläche für bezahlbare Wohnungen nicht mehr reduziert, sondern erhöht. Zwar steigt auch der Gewerbeanteil deutlich an. Dass die Gesamtanzahl der Wohnungen kleiner ausfällt, liegt insbesondere aber daran, dass auf das ursprünglich von der CG Gruppe geplante hochpreisige Luxuswohnen auf Zeit im Bestandhochhaus gegenüber des U-Bahnhofs Möckernbrücke verzichtet wird. Diese Planung ging am Bedarf im Kiez vorbei und wurde von grüner Seite scharf kritisiert. Das Hochhaus bleibt nun was es war

und wird auch zukünftig für Büros genutzt.

Mit den Änderungen wird das laufende Bebauungsplanverfahren nun weitergeführt. Interessant wird dabei, wie sich die neue Eigentümerin des Geländes einbringt. Anfang des Jahres wurde bekannt, dass die CG Gruppe ihren verbliebenen Anteil am Areal an die Art-Invest Real Estate Gruppe verkauft hat. Ihr gehören jetzt alle Flächen, die für künftige Gewerbe- und Bürogebäude vorgesehen sind. Die CG Gruppe hat sich damit aus dem Vorhaben Halleschen Ufer endgültig verabschiedet.

■ Julian Schwarze,
Bezirksverordneter

Radikale Wege in der Wohnungspolitik

Gleich zwei Vorschläge – das Volksbegehren „DW&Co enteignen“ und ein Berliner Mietendeckel – sorgen für bundesweite Diskussionen und geben den Mieter*innen Hoffnung. Rot-Rot-Grün steht nun in der Pflicht, daraus konkrete Politik zu gießen.

Seit 2008 haben sich die Mieten mit einer Steigerung um 104 Prozent mehr als verdoppelt. Die Bodenpreise sind um 870 Prozent gestiegen. Damit mussten die 84 Prozent aller Berliner*innen, die zur Miete wohnen, den stärksten Anstieg aller Städte verkraften. Immer mehr große Wohnungsunternehmen, Fonds und Briefkastenfirmen setzen die Menschen unter massiven Druck. Die Liste reicht von überhöhten Mieterhöhungen oberhalb des Mietspiegels, unterlassener Instandsetzung bis zu überbeurterter Modernisierung; oft auch mit rechtlich fragwürdigen Methoden. Zudem haben wir die Erfahrung gemacht, dass viele Unternehmen nach einem Hauskauf alle Mietverträge prüfen und nach Verstößen durch die Mieter recherchieren, um möglichst viele Wohnungen frei zu bekommen. Auch wenn viele Einzeleigentümer verantwortlich handeln: Es drängen immer mehr Player auf den Wohnungsmarkt, deren Ziel es ist, überhöhte Renditen zu erzielen und alles aus den Mieter*innen zu pressen, was geht. Der Wohnungsmarkt ist längst zum Finanzmarkt geworden, verursacht durch die lasche Miet- und Steuergesetzgebung des Bundes.

Um das Problem endlich an der Wurzel zu packen und um den Ber-

liner Wohnungsmarkt mehrheitlich gemeinwohlorientiert auszurichten, müssen die Fehler alter Regierungen dringend jetzt korrigiert werden. Dabei setzen wir auf die Rekommunalisierung ehemals privatisierter Wohnungsbestände wie bei der Karl-Marx-Allee. Aber auch das Vorkaufsrecht der Bezirke hat bis heute fast 3.500 Wohnungen abgesichert.

Viele Wege führen nach Wien

Unser Ziel ist es bereits seit 2011, auf mindestens 60 Prozent der Berliner Wohnungen in öffentlicher und gemeinwohlorientierter Hand zu hinarbeiten. Genossenschaften, Stiftungen und unsere kommunalen Wohnungsunternehmen haben gerade mal einen Anteil von 30 Prozent. Es gibt in Berlin insgesamt ca. 250.000 Wohnungen, die börsennotierten Wohnungsunternehmen gehören. Die Deutsche Wohnen ist zusammen mit ihren Tochterfirmen das größte Unternehmen mit einem Bestand von ca. 115.000 Wohnungen. Aber auch Unternehmen wie Vonovia, GCP, Akelius, TAG, Pears Group usw. halten große Bestände.

Seit 2016 haben wir die Anzahl der Milieuschutzgebiete zwar verdoppelt,

was vor allem auf das Engagement grüner Baustadträte zurückgeht. Dennoch ist auch dieses Instrument leider zu schwach, um Mieter*innen ausreichend vor massiven Mietsteigerungen zu schützen. Schon seit zehn Jahren fordern wir Mietobergrenzen, die es in West-Berlin schon mal gab.

Kein Recht auf unendliche Renditen

Der Jurist Peter Weber hat Ende des letzten Jahres mit einem Aufsatz zur Deckelung der Mieten in Berlin als Landesrecht Furore gemacht. Er leitet juristisch her, dass das Land Berlin durchaus preisrechtlich eingreifen kann trotz Mietengesetzgebung durch den Bund. Das Wohnungswesen gehört seit der Föderalismusreform 2006 nicht mehr zur konkurrierenden Gesetzgebung und ist ausschließlich Sache der Länder geworden. Hier kann das Land seiner Meinung nach öffentlich-rechtliche Schranken setzen, die dann auch auf den Mietvertrag wirken. Wir Grüne arbeiten hier an einem konkreten Modell. Da geht es um die Bemessungsgrundlage – also darum, ob sich der Deckel an den Vergleichsmieten, dem Mietspiegel orientieren soll. Oder ob

es einen Mietstopp gibt, aktuelle Mieten also eingefroren werden. Auch das Einkommen der Mieter könnte dafür herangezogen werden.

Sollten wir all diese Hürden nehmen, wäre das phänomenal und würde viele Probleme auf einmal lösen. So oder so wäre es höchste Zeit, dass die Länder und Kommunen selber über die Mietengesetzgebung entscheiden können.

Ein neues Mietenvolksbegehren will die Vergesellschaftung von Wohnraum erreichen, um die soziale Wohnraumversorgung zu garantieren und die Macht großer Wohnungsunternehmen einzudämmen. Dazu wird der Senat aufgefordert, ein Landesgesetz nach Artikel 15 Grundgesetz zu erarbeiten, das alle Wohnungsunternehmen ab 3.000 Wohnungen in Gemeineigentum überführen will. In einem solchen Landesgesetz müssten die Bedingungen einer Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen festgeschrieben werden wie auch die Regelung zur finanziellen Entschädigung. Während die Senatsinnenverwaltung von einem Finanzvolumen von 25 Milliarden Euro ausgeht, wird die Initiative eine Berechnung von acht bis zwölf Milliarden vorlegen. Denn nach der Rechtsauffassung muss zwar entschädigt werden, dies

muss aber nur angemessen sein und bedeutet nicht, dass der Verkehrswert der Wohnungen greift. Dies soll auch nicht auf einen Schlag passieren, sondern ist eine langfristige Maßnahme. 20 Prozent des Betrages soll als Eigenkapital bezahlt werden und der Rest dann über Kredite, so wie es bei Hauskäufen durchaus üblich ist. Ziel ist es, die Wohnungen durch die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts dauerhaft zu schützen.

Die Häuser denen, die drin wohnen

Klar ist: Bei diesem Thema betreten wir juristisch wie politisch Neuland. Die Immobilienlobby hat bereits den Gang bis zum Bundesverfassungsgericht angekündigt. Ein weiterer Ansporn, diesen Weg zu versuchen.

Wo, wenn nicht in Berlin und wer, wenn nicht wir als rot-rot-grüne Koalition sollten diese neuen Wege mutig voranbringen? Nur wenn wir endlich einen starken politischen Einfluss auf den Wohnungsmarkt bekommen, können wir eine soziale und gerechte Wohnungspolitik erreichen.

Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses



Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:

Henry Arnold (V.i.S.d.P.) (ha)
Laura Eckl
Werner Heck (wh)
Tizia Labahn (tl)
Anja Mallmann
Claudia Schulte

Freie Mitarbeiter*innen:

Rebecca Eilfort
Christian Köneke (ck)
Astrid Lamm
Rike Suckert (rs)

Kontakt zur Redaktion:

stachelredaktion@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:

www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz:

Jörn Jaath

Auflage:

3.000

Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:

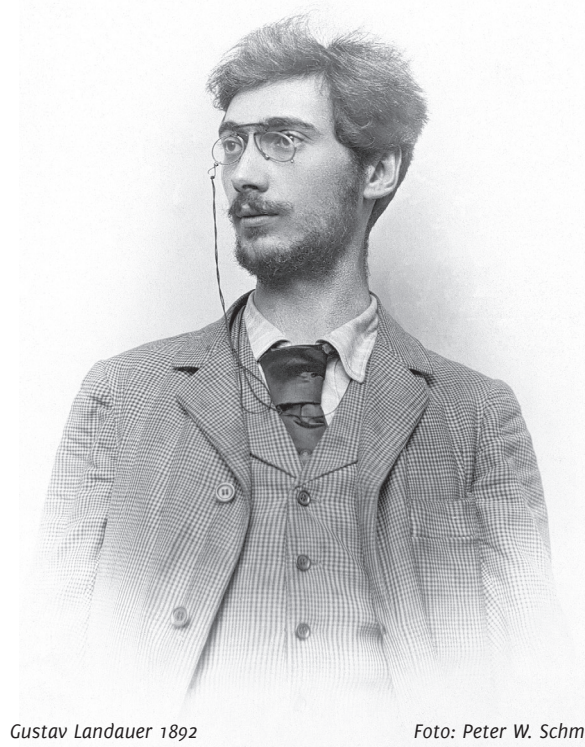
Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: +49 30 614 31 46
Fax: +49 30 614 31 42
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Gustav Landauer in Berlin

Eine Ausstellung im Rathaus Kreuzberg über einen frühen Europäer, Kriegsgegner und bedeutenden Wegbereiter der Alternativbewegung. Vom 1. April bis 9. Mai 2019. Feierliche Eröffnung am 27. März 2019 um 17.30 Uhr.

In Erinnerung ist Gustav Landauer (1870-1919) vor allem als einer der herausragenden Akteure der Münchener Räterepublik, der nach deren Zerschlagung am 2. Mai 1919 von Freikorps-Soldaten ermordet wurde. Doch Gustav Landauer, der freiheitliche Sozialist, Anarchist, Schriftsteller und politische „Antipolitiker“, war davor vor allem in Berlin aktiv und gehört zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der Berliner Moderne. Doch hier, wo er die längste Zeit seines Lebens verbrachte und in den vielfältigsten Zusammenhängen wirkte, blieb Landauer bis heute nahezu unbekannt. Dies will nun die Berliner Gustav-Landauer-Denkmalinitiative ändern. Im vergangenen Dezember hat auf ihr Betreiben die BVV die Errichtung eines Denkmals für Gustav Landauer beschlossen. Anlässlich seines 100. Todestages am 2. Mai wird zunächst eine umfassende Ausstellung sein Leben und Werk in Erinnerung bringen und dabei sein Wirken in Berlin in den Mittelpunkt stellen.

Auf 23 Tafeln wird über ebenso viele Aspekte seines Engagements



Gustav Landauer 1892

Foto: Peter W. Schmidt

informiert: Seine Politisierung im Umfeld der sozialdemokratischen Revolte der „Jungen“ wird ebenso dargestellt wie sein Einsatz für die Volksbühne, die Konsumgenossenschaft „Befreiung“ und das Experiment der „Neuen Gemeinschaft“. Gezeigt wird Landauers Engagement für die Siedlungsbestrebungen des „Sozialistischen Bundes“, für die Jugendbewegung, das „Jüdische Volksheim“ und freie Schulen – bis hin zur Gründung der „Zentralstelle Völkerrecht“ und zu seinen Ideen für eine räterepublikanische Organisierung gegen den Krieg. Auch Wiederentdeckung und Nachwirkung seines Denkens in der Kommunebewegung, ländlichen Siedlungsgenossenschaften und Kibbuzim werden thematisiert.

Landkommunen und Räterepublik

Die Ausstellung wird ab Anfang April im Rathaus Kreuzberg zu sehen sein. Begleitend sind Podiumsdiskussionen geplant, in denen Aktualität und Aktualisierbarkeit der historischen Ansätze ausgelotet werden. Drei davon im FHXB-Museum in der Adalbertstr. 95A:

- Do. 11.4., 19.00 Uhr: Gustav Landauer in seinen späten Briefen aus Krieg und Revolution
- Do. 18.4., 19.00 Uhr: Gustav Landauer und die Anfänge der Reformpädagogik
- Do. 25.4. 19:00: Gustav Landauer und die Münchener Räterepublik

Eine zentrale Veranstaltung zum 100. Todestag findet am 2. Mai um 20.00 Uhr im Robert-Havemann-Saal des Hauses der Demokratie und Menschenrechte statt.

Bei weiteren Veranstaltungen, „Genossenschaft. Transformationspotenziale solidarischer Ökonomie“ am 6. Mai sowie „Landbau zwischen Antisemitismus und Zionismus: Gustav Landauer und das Jüdische Volksheim“ am 7. Mai, steht der Ort noch nicht fest.

Werner Heck,
Bezirksverordneter

Und sonst noch so? | Eine Kolumne Eine Frage der Kinderstube?

Ein persisches Sprichwort lautet: „Höflichkeit ist ein Kapital, das den Reichen macht, der es ausgibt.“

Es gibt viele (ungeschriebene) Regeln des Zusammenlebens. Man braucht dazu auch nicht unbedingt den berühmten Knigge zu bemühen. Wer freut sich nicht, wenn ihr oder ihm – schwer bepackt mit Einkäufen – freundlich die Tür aufgehalten wird. Und ein darauffolgendes Danke freut wiederum die Person, die die Tür aufgehalten hat. Nur ein Beispiel.

Wir vergeben uns also nichts, wenn wir miteinander höflich umgehen. Im Gegenteil, man könnte annehmen, dass Höflichkeit das Zusammenleben grundsätzlich angenehmer und freundlicher gestaltet.

Nicht so im täglichen Berufsverkehr mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. In U- und S-Bahn wird „die gute Kinderstube“, so man sie denn genossen hat, offenbar grundsätzlich vergessen oder missachtet. Ja, die Bahnen sind voll. Ja, es bleibt oft nicht genug Zeit zum Aus- und Einsteigen. Ja, die Leute haben es eilig. Ja, mein Rucksack braucht einen eigenen Sitzplatz. Ja, ich bin ein Kerl und meine Kostbarkeiten brauchen mindestens zwei Sitzplätze. Ja, jede*r ist sich selbst die/der Nächste. Stop!

Hier soll nicht die große Moralkeule geschwungen werden. Aber wer bitte hat sich nicht schon geärgert, wenn die Masse Mensch im Türbereich festgetackert scheint, während in der Mitte genug Platz

wäre, um anderen Menschen das Mitfahren auch noch möglich zu machen? Wer war nicht schon genötigt, fast schon „Gewalt anzuwenden“, um an der nächsten Station überhaupt aussteigen zu können? Von den älteren Mitmenschen oder auch Schwangeren, die sich oftmals vergeblich über einen Sitzplatz freuen, ganz zu schweigen.

Die tägliche Fahrt mit den Öffis ist ein Abbild unserer Gesellschaft. Sie ist ein stetes Hauen und Stechen. Es gilt das „Ich“ und nicht das „Wir“. Wäre doch ganz schön, wenn sich alle mal mehr für persische Sprichwörter interessieren würden.

Claudia Schulte,
Bezirksverordnete



Europa: Stimmen aus dem Bezirk

Aufgenommen von Nikolas Becker und Philipp Evenburg

Lali, VisualArtist: „Ich wuchs in Rumänien auf und lebte 14 Jahre in Kanada, wo ich zunächst eine Karriere in der Finanzindustrie verfolgte. Auf meiner persönlichen Sinnsuche kam ich wieder zurück nach Europa, um näher bei meiner Familie zu sein und meine Arbeit als Künstlerin zu beginnen. Ich verbrachte einige Zeit in Großbritannien und Frankreich und lebe jetzt als Künstlerin in Berlin. Als EU-Bürgerin schätze ich die Freizügigkeit und seit 2014 auch das

Recht, in jedem europäischen Land zu arbeiten. Allerdings scheinen mir diese Rechte heute – 2019 – ungenügend: Wir leben in einer Zeit, in der wir uns mit großer politischer Instabilität, ernstem ökologischen Fragen und allzu langsamen Entscheidungsprozessen auf politischer Ebene konfrontiert sehen. Meiner Ansicht nach braucht es dringend entscheidende Veränderungen, um die Bürger*innen der EU zur politischen Teilnahme zu motivieren.“

Johanna, Studentin: „Vor zwanzig Jahren war ich noch ein kleines Kind. Wir waren in Oberbayern und wollten im wenige Kilometer entfernten Österreich essen gehen, wir saßen schon im Auto, als meiner Mutter einfiel, dass sie unsere Kinderpässe nicht eingesteckt hatte. Nur zwei Jahrzehnte später ist der Grenzbaum längst abgesägt, nur ein Schild auf der Brücke über den Inn lässt einen noch wissen, dass man eine Grenze zwischen zwei Ländern

überquert. Mein Traum ist, dass ich diese Geschichte eines Tages meinen Enkelkindern erzählen kann, und sie nichts weiter sein wird als eine skurrile Anekdote aus einer längst vergangenen Zeit. Heute kann ich mich in Europa frei bewegen, konnte in Frankreich zur Schule gehen und in Amsterdam studieren. Diese Freiheiten habe ich heute, weil viele Menschen vor mir für die Idee Europa gekämpft haben. Dafür bin ich dankbar.“

Sara, Wissenschaftlerin: „Ich lebe unglaublich gerne in der EU, fühle mich als EU-Bürgerin und wünsche mir, dass die EU in Zukunft noch viel mehr zusammenarbeitet. Themen wie Klimaschutz, Steuerflucht und die sichere Aufnahme von Geflüchteten können wir als einzelnes Land doch gar nicht lösen. Ich persönlich habe auch ganz praktisch von der EU profitiert: Durch die Freizügigkeit, die EU-Bürger*innen genießen, habe ich fast zwei Jahre in Schweden gelebt und gearbeitet. Im Zuge des Sozialversicherungsschutzes innerhalb der EU war es nicht nur möglich, dass ich Arbeitslosengeld aus Schweden mit nach Deutschland nehmen konnte, sondern mir wird meine Arbeitszeit dort auch für die Rente angerechnet und mein Gehalt für den Elterngeldbezug in Deutschland anerkannt. Für meine Eltern wäre dies nicht möglich gewesen. Arbeitnehmer*innenschutz ist nur ein kleiner Aspekt, der sich durch die EU positiv weiterentwickelt hat.“

Caspar, Lehrer: „Nach der Schule hab ich mit dem europäischen Freiwilligendienst in einer Grundschule gearbeitet. Außerdem habe ich wie so viele andere eine Zeit lang mit dem Erasmus Programm in der EU studiert. Forschungsaufenthalte und Besuche von Konferenzen in Europa während meiner Promotion wurden von der EU gefördert. Dadurch habe ich nicht nur eine europäische

Bildung, sondern auch viele Freunde überall in Europa gewonnen. Das hat mir ein ungemeines europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl vermittelt. Als angehender Lehrer freue ich mich, dass ich mit meiner Ausbildung dann auch in vielen europäischen Ländern unterrichten kann. Ich wünsche mir, dass die EU eine Region ohne Grenzen wird, in jeder Hinsicht!“

Maxime, Vertriebsleiter: „Ich bin Franzose und lebe seit 7 Jahren am Volkspark Friedrichshain. Ich habe lange Zeit im Elsass gelebt, einer Region nahe der deutsch-französischen Grenze, in der Zweisprachigkeit eine wichtige Rolle spielt. Die Arbeit für eine französische Firma, die nach Deutschland expandierte, brachte mich nach Berlin. An der EU schätzte ich besonders, dass sie es Firmen wie meiner einfacher gemacht hat, ihre Handelsbeziehungen innerhalb Europas auszubauen. Statt Rückbesinnung auf Nationalismen wünsche ich mir mehr Verständigung

unter den Staaten und den Menschen Europas. Obwohl ich überzeugter Europäer bin, sehe ich auch die Probleme, die eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit sich bringt. Aber es hilft nicht, den Kopf in den Sand zu stecken. Die EU muss die Probleme gemeinsam angehen. Ich freue mich daher, dass die deutsch-französische Freundschaft schon lange anhält und glaube, dass sie so stabil bleibt, wenn wir auf allen Ebenen zusammen weiter daran arbeiten. Für die anstehende Europawahl wünsche ich mir: Alle, die von Europa überzeugt sind – geht bitte zur Wahl!“

Daniel Brunet und das English Theatre Berlin

Daniel Brunet stammt aus Palermo (New York) und hat in Boston (Massachusetts) Theater und Film studiert. Bereits seit 2001 lebt Daniel in Berlin, und die Stadt ist ihm so sehr Mittelpunkt seines Lebens geworden, dass ein Einbürgerungsverfahren läuft. Es sind die Werte, für die in Europa gestritten wird, die ihm das Leben hier so wichtig machen. Im Kampf für eine freie, offene und gleichberechtigte Gesellschaft sieht er hier deutlich größere Chancen als in den USA eines Donald Trump. Er schätzt die Erfolge,



Daniel Brunet

Foto: ha

die hier in Xhain gegen die Gier der Profiteur*innen im Immobilienbereich erzielt werden, in einer von neoliberalen Ideologien geprägten Welt sehr hoch ein. Aber er sagt auch: „Ich lebe hier in einer Blase, und ich bin dankbar dafür.“ Dass die Welt fast überall anders aussieht, davon erzählt sein Theater. Seit 2012 gehört er zum Leitungsteam des English Theatre Berlin, für das er ein neues künstlerisches Konzept entworfen hat, in dessen Folge es sich jetzt zugleich „International Performing Arts Center“ nennt. Er hat das Programm von einer eher traditionellen Interpretation der englischsprachigen Theaterliteratur und zu einem experimentellen und innovativen Umgang mit Texten, Themen und Theaterformen unserer Gegenwart weiterentwickelt. Mit durchschlagendem Erfolg. An dem Abend, als wir uns trafen, spielte die Comedy-Truppe von „Berlin's funniest women“ ihren Improvisations-Abend „It's That Time of the Month“ vor restlos ausverkauftem Haus.

Der Theaterraum F 40 in der Fidinstraße hat knapp 150 Plätze und wird seit 2008 gemeinsam vom English Theatre Berlin / IPAC und dem Theater Thikwa bespielt.



English Theatre Berlin

Foto: ha

Gegründet wurde das Theater bereits im Jahr 1990, erhielt seinen jetzigen Namen aber erst 2006. Es erhält eine sog. Basisförderung, die das Überleben auf niedrigem Niveau zumindest absichert, aber den Betreibern zugleich sehr viel Enthusiasmus und Engagement abverlangt.

Europa life in Xhain

Es werden - wie der Name nahe legt - Produktionen in englischer Sprache präsentiert, was sich aber keineswegs auf Muttersprachler*innen beschränkt. Das Konzept basiert auf vier Säulen: Es werden eigene Inszenierungen produziert (producing), es werden Gastspiele eingeladen (presenting), es gibt eine Sparte Konzert und Comedy (performing) und eine weitere mit dem Schwerpunkt kultureller Bildung (pedagogy). Immer geht es darum, Neues zu entdecken und auszuprobieren und mit dem Publikum zu den brennenden Fragen unserer Zeit in einen Dialog zu treten. Ein gelebtes Beispiel europäischer und internationaler Kultur mitten bei uns im Kiez!

Henry Arnold,
Sprecher der LAG Kultur

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

www.gruene-xhain.de

Grünes Büro

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Fon: 614 3146 – Fax: 614 3142

Kreisgeschäftsführerin: Marion Holzapfel

Bürozeiten:

Di 15-18, Do 12-15 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss

Aida Baghernejad, Nikolas Becker,
Anne Burckhardt-Schön, Vasilii Franco,
Karl-Heinz Garcia Bergt, Theo Ioannidis,
Silvia Rothmund, Joana Zühlke

Treffen der Bezirksgruppe

Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

Fraktion im Bezirksparlament

Yorckstraße 4-11 – 10965
fraktion-xhain@gruene-berlin.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion

Fon: 90 298-2590 – Fax: -2930

Fraktionsassistentin: Britta Byszio

Bürozeiten:

Mo + Di 13-17, Mi 14-18, Do 10-14 Uhr

Fraktionsvorstand:

Annika Gerold, Sarah Jermutus, Julian Schwarze, Andreas Weeger, Deniz Yıldırım

Büro Grüne Jugend Berlin

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de

Fon: 66 76 30 00 – Fax: 29 35 08 75

Treffen: Mo 19 Uhr



Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de
Fon: 2325 2401 – Fax: 2325 2409

Turgut Altug, direkt gewählt |

Fon: 2325 2430

Marianna Burkert-Eulitz, direkt gewählt |

Fon: 2325 2461

Antje Kapek | Fon: 2325 2401

Katrin Schmidberger, direkt gewählt |

Fon: 2325 2474

Dr. Stefan Taschner | Fon: 2325 2446

Fatoş Topaç | Fon 2325 2427

Daniel Wesener | Fon 2325 2421

Wahlkreisbüros

Marianna Burkert-Eulitz, Antje Kapek und Daniel Wesener | Dein grünes Büro
Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin
Mo und Di 10-14, Do 15-18 Uhr
Fon: 5210 1794

Dr. Turgut Altug, Katrin Schmidberger und Dr. Stefan Taschner

Großbeerenstraße 16 - 10963 Berlin
Di 9-15, Mi 11-17 und Do 13-19 Uhr
Fon: 2362 9300

Unsere Vertretung im Bundestag

Canan Bayram
Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost
www.bayram-gruene.de

Parlamentsbüro:
Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
canan.bayram@bundestag.de
Fon: 2277 8144 – Fax: 2277 0143

Wahlkreisbüro:
canan.bayram@wk.bundestag.de

Kreuzberg:
Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
Fon: 6165 6961

Friedrichshain:
Schreinerstraße 6 – 10247 Berlin
Fon: 46 79 35 30

Ortsverband London von Bündnis 90/ Die Grünen gegründet

Was wir dem Brexit entgegen: Einstimmig, mit wenigen Enthaltungen, beschloss der Kreisverband der Grünen Friedrichshain-Kreuzberg am 12. Februar 2019 die Gründung eines Ortsverbands London.

Seit einigen Monaten treffen sich die in London Arbeitenden* und Studierenden*, die entweder bereits Mitglied der Grünen sind oder mit ihnen sympathisieren. Nach Auslands-Ortsverbänden in Brüssel und Washington D.C. ist dies nun schon der dritte seiner Art.

Gerade auch im Zuge der unsäglichen Brexit-Entscheidung sehen viele Aktive es als Zeichen der Ermutigung, sich jetzt recht für die deutsch-britische Freundschaft zu engagieren und denen zu trotzen, die Europa auseinanderdividieren wollen. So war den derzeit um die 15 Mitgliedern in London wichtig, dass sie sich auch von dort aus mit einer Stimme an den Fortschritten bündnisgrüner Positionen beteiligen und einfacher an der Willensbildung innerhalb der Partei teilhaben können.

Die ersten Aktionen des neuen Ortsverbands stehen bereits fest: Zum Beispiel die Teilnahme an einem Webinar des Bundesverbands und ein Treffen mit Jamila Schäfer, der stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Koordinatorin für Europa und Internationales am 9. März 2019 in London, um an einem gemeinsamen Event des Ortsverbands mit britischen grünen Europaabgeordneten teilzunehmen.

Die Grünen bekennen sich hiermit erneut zu einer internationalen, zutiefst dem europäischen Gedanken verpflichteten Bewegung und setzen ein Zeichen gegen den zunehmenden Nationalismus in Europa. Denn nur als geeintes Europa können wir den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft erfolgreich begegnen. Gerade in London, wo sich bei der

Abstimmung eine deutliche Mehrheit gegen den Brexit fand, wird sich der demokratische Widerstand gegen das Ausscheiden aus der Union weiter formieren. Im Zweifel vermutlich so lange, bis der Weg zurück in die Gemeinschaft geobnet sein wird. Wann immer das auch sein mag. Unser neuer Ortsverband wird dazu in Zukunft seinen Teil beitragen. Dafür wünschen wir ihm von hier aus alles Gute und werden die Londoner Grünen tatkräftig unterstützen.

Wer Leute in London kennt, die sich ebenfalls öko-sozial engagieren wollen, dem sei die Kontaktadresse der „German Greens of London“ ans Herz gelegt: ovlondon@gruene-xhain.de

Philipp Evenburg